

Antrag des Referats für Hochschulpolitische Vernetzung (Außenreferat) und der Kritischen Initiative Heidelberg:

Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft in Bayern

Unterstützungsantrag:

Der StuRa der Universität Heidelberg beschließt:

Politische und finanzielle Unterstützung der U-AStA-Strukturen und studentischer Initiativen in Bayern wird durch den StuRa der Universität Heidelberg gewährleistet.

Gleiches gilt für Kampagnen zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften in Bayern.

Geschichtlicher Hintergrund:

1977 wurde in Baden-Württemberg die Verfasste Studierendenschaft abgeschafft. Vier Jahre zuvor, 1973, geschah dies ebenfalls in Bayern. In diesen CDU/CSU geführten Bundesländern wurde dies mit der Begründung man wolle "den linken Sumpf austrocknen" gerechtfertigt. Dass die Studierendenvertretungen nach dem zweiten Weltkrieg mit dem Ziel, wieder demokratische Strukturen in Deutschland aufzubauen, geschaffen wurden, ignorierten die damaligen Regierungen. Dass diese Entscheidung von den beiden Ministerpräsidenten Alfons Goppel (Bayern), einem ehemaligen Mitglied der SA und der NSDAP, sowie Hans Filbinger (Baden-Württemberg), einem ehemaligen NS-Marinerichter, ausging überrascht dabei nicht.

Seit dieser Zeit haben Studierende permanent auf dieses undemokratische Missverhältnis hingewiesen. Dies drückte sich in den zahlreichen und jahrelangen Protesten und Forderungen zur Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft aus. Dies führte zuletzt durch die massiven Studierendenproteste von 2009/2010 (Bildungsstreik) dazu, dass die Grün-Rote Landesregierung dem Druck der Studierenden nachgeben musste und die Verfasste Studierendenschaft in Baden-Württemberg wieder einführte.

Nun gilt es, diese Re-Demokratisierungsforderungen auch in Bayern zu unterstützen, bis diese umgesetzt werden.

Die Studierenden- und Bildungsproteste waren in Baden-Württemberg ausschließlich durch die finanzielle Unterstützung und Solidarität der anderen verfassten ASten möglich. Ohne deren finanzielle Hilfe hätten die Bildungsproteste in Heidelberg nicht einmal Banner geschweige denn Plakate gehabt.

Ebenfalls waren die meisten Projekte in Heidelberg nur mit dieser Unterstützung möglich, wie zum Beispiel das CampusCamp, das festival contre le racisme, das Ladyfest, etc... Diese Hilfe muss nun auch den Studierendeninitiativen in Bayern zuteil werden.

Politische Forderung:

Als erste politische Forderung des StuRas Heidelberg soll die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaften auch in Bayern stehen. Studentische Selbstorganisation, das allgemeinpolitische Mandat und die Finanzautonomie der Studierendenschaft sind ein Muss an jeder Universität.

Demokratie ist keine abstrakte Idee, sondern benötigt zu ihrer Realisierung kritische Individuen, die sich mit gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandersetzen, sie analysieren und gegebenenfalls gegen Missstände vorgehen.

Der StuRa der Universität Heidelberg beschließt diese Forderung und tritt mit ihr an die Öffentlichkeit.